

# az BRUGG

AARGAU, BRUGG-WINDISCH, BADEN-WETTINGEN

## Alle für Spitex - aber was darf es kosten?

Tagung Bedarf an Spitex nimmt weiter massiv zu - Debatte darüber, ob der Auftrag ausgeschrieben werden soll

VON MATHIAS KÜNG (TEXT)  
UND ALEX SPICHALE (FOTO)

Das Gesundheitswesen kostet Jahr für Jahr mehr. Gewichtige Gründe sind immer mehr ältere Menschen, der medizinische Fortschritt sowie das Bevölkerungswachstum. Doch die Kostensteigerung liegt weit über der Entwicklung von Lohn- und sonstigen Lebenshaltungskosten, sie tut also immer mehr weh. Deshalb sucht die Politik seit Jahren nach Einsparmöglichkeiten. Eine davon funktioniert nach dem Prinzip «ambulant vor stationär». Wer zu Hause statt im Spital gepflegt werden kann, fühlt sich meist wohler und verursacht tiefere Kosten. Doch auch die laufend besser ausgebaute Spitex kostet immer mehr: «Die Gemeinden stehen unter Druck, ihre Kosten steigen. Was können wir tun, wo können wir steuern?» Diese und weitere Fragen stellte die FDP-Grossrätin und Apothekerin Martina Sigg als Moderatorin einer von der FDP Aargau organisierten Tagung in Aarau. Sigg stolperte etwa über den Umstand, dass der Kanton die Pflgetarife festlegt, die Gemeinden aber zahlen. Und sie stellte die Frage in den Raum, ob die Gemeinden Spitex-Leistungen ausschreiben sollen.

In diese Richtung gehen soll es für den Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel. Er hat letztes Jahr in einer Studie bei der Aargauer Spitex ein Sparpotenzial von bis 10 Millionen Franken (und im Gesundheitswesen im Aargau von bis 55 Millionen Franken) errechnet. Er ist sehr für mehr Spitex, rechnet hier noch mit weiterem massiven Wachstum, verweist aber auch darauf, dass der Anteil privater Anbieter in Deutschland deutlich höher sei als in der Schweiz. Um den Spitex-Auftrag auszuschreiben, bedürfe es einer exakten Definition des Leistungsauftrags. Den Auftrag ausgeschrieben hat Aarburg. Dieses Städtchen vergab ihn danach privat und ertete dafür kontroverse Schlagzeilen.

### «Der Buhmann des Kantons»

Er sei der Buhmann des Kantons, hängte Ralph Bürge, Geschäftsführer des Pflegeheims Lindenhof in Oftringen, sarkastisch ein. Er hat diesen Auftrag erhalten,

PALLIATIVE CARE

### Öffentliche Hand spart dank Spitex

Für Rebekka Hansmann, Präsidentin des Spitex-Verbandes Aargau, ist klar, dass man die Kosten im Griff haben und wirtschaftlich arbeiten muss. Doch man müsse auch die Lebensqualität betonen, die Menschen gewinnen, wenn sie schwer krank daheim sein dürfen und dort gepflegt werden können. Beim Kostensparen kann Hansmann auch mitreden. Palliative-Spitex habe nämlich zwischen Mai 2017 und Mai 2018 bei 168 Patienten hohe Einsparungen ermöglicht. Sie rechnete am Podium in Aarau vor, ein Tag im Spital koste 2058 Franken, bei Annahme von alternativ vier Stunden Spitex täglich 452 Franken. Wären diese 168 Personen die letzten sieben Tage vor dem Tod im Spital gewesen, hätte dies 2,42 Millionen Franken gekostet, wovon die öffentliche Hand 1,33 Millionen Franken hätte tragen müssen. Bei Palliative-Spitex kamen dagegen Gesamtkosten von 531 000 Franken zusammen, wovon die öffentliche Hand 228 000 Franken tragen muss, also eine Million Franken weniger. (MKU)



Lindenhof-Geschäftsführer Ralph Bürge, Rotkreuz-Geschäftsführerin Regula Kiechle, Spitex-Präsidentin Rebekka Hansmann, der Gesundheitsökonom Stefan Felder sowie die Moderatorin und FDP-Grossrätin Martina Sigg (von links nach rechts).

weil Aarburg mit seiner Spitex nicht zufrieden gewesen sei. Aarburg muss ihm deutlich weniger zahlen. Er habe nachweisen müssen, alle geforderten Leistungen erbringen zu können, mit Notrufdienst rund um die Uhr. Er habe extrem viele Fachkräfte, so Bürge. Er könne Kräfte bündeln, derweil andere dieses Know-how erst aufbauen müssen.

### Mit oder ohne Vereinbarung?

Laut Rebekka Hansmann, Präsidentin des Spitex-Verbandes Aargau, müssten die Gemeinden auch hauswirtschaftliche Leistungen unterstützen. Das tue Aarburg nicht, kritisierte sie. Sie räumte aber ein, dass es mit der öffentlichen Spitex in Aar-

burg unglücklich gelaufen sei. Insgesamt würden die Spitex-Dienstleistungen immer komplexer und aufwendiger, so Hansmann. Sie unterscheidet zwischen Spitex mit und ohne Leistungsvereinbarung. Derweil eine Spitex ohne Vereinbarung wählen kann und lieber Patienten mit hohem Zeitbedarf betreut, hat die Spitex mit Aufnahmepflicht auch Patienten, die womöglich nur Augentropfen brauchen. Da man die Wegzeit nicht verrechnen kann, rechne sich das oft nicht. Überhaupt rede man bei der Spitex von einem Anteil von 2,8 Prozent der Gesundheitskosten, so Hansmann weiter. Ob man da wirklich Millionen sparen könne, zumal man ja gut qualifiziertes Personal wolle?

Regula Kiechle, Geschäftsführerin des Roten Kreuzes Aargau, verwies darauf, wie enorm viel Gratisarbeit pflegende Angehörige leisten. Sie ruft dazu auf, sich zu melden, wenn es zu viel wird: «Die Betreuenden merken es oft selbst nicht, wie sie immer mehr machen.» Das Rote Kreuz bietet Hilfe etwa mit einem Entlastungsdienst. Kiechle plädierte dafür, die Hilfe vom Hausarzt über heimische bis zur stationären Pflege eng zu koordinieren, um Kranken und ihren Angehörigen besser zu helfen. Da herrschte Einigkeit.

Bald geht eine Revision des aargauischen Pflegegesetzes in die Vernehmlassung. Spätestens dann kommt die Debatte über die Spitex in die nächste Runde.

## Was bringt das Rahmenabkommen für den Aargau?

Vorstoss FDP-Grossrat Titus Meier will wissen, wie der Kanton betroffen wäre - und wie die Regierung zum Lohnschutz und zur Anmeldefrist für Arbeiter aus der EU steht.

VON FABIAN HÄGLER

Ob die Schweiz ein Rahmenabkommen mit der EU abschliesst, ist derzeit völlig offen. Die Frage wird in Bern intensiv diskutiert, letzte Woche wurde sogar zum ersten Mal ein Hearing der ausserpolitischen Kommission mit Experten live übertragen (die AZ berichtete).

Doch das Thema interessiert nicht nur Politiker auf nationaler, sondern auch solche auf kantonaler Ebene. So hat FDP-Grossrat Titus Meier kürzlich einen Vorstoss eingereicht, der sich um mögliche Auswirkungen eines EU-Rahmenabkommens auf den Aargau dreht. Meier hält fest, der Aargau sei aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Wirtschaftsstruktur enger mit dem EU-Wirtschaftsraum verknüpft als andere Kantone. Er räumt ein, dass auswärtige Angelegenheiten zwar Sache des Bun-



FDP-Grossrat Titus Meier.

SAN

des seien, doch müssten auch die Interessen der Kantone gewahrt werden.

Darum will Meier vom Regierungsrat wissen, wie und mit welchem Inhalt sich der Kanton in die Verhandlungen eingebracht habe. Dies kann direkt geschehen oder über die Konferenz der

Kantonsregierungen. Meier fragt weiter, ob bei einem allfälligen Abschluss des Rahmenabkommens kantonale Gesetze angepasst werden müssten.

### Fragen zu entsandten Arbeitern

Ein wichtiger Streitpunkt bei den Diskussionen um das Rahmenabkommen ist der Lohnschutz, auf den insbesondere die Gewerkschaften und linke Parteien pochen. Mit flankierenden Massnahmen soll Lohndumping durch Arbeiter, die von Unternehmen aus der EU für kurze Zeit in die Schweiz geschickt werden - zum Beispiel für Bauarbeiten - vermieden werden.

Titus Meier will vom Regierungsrat wissen, welche Bedeutung diese Entscheidungsarbeit in der Aargauer Wirtschaft habe und welche Sektoren wie stark davon betroffen sind. Er verlangt detaillierte Angaben dazu, wie viele meldepflichtige Kurzaufenthalter in den vergangenen drei Jahren im Aargau gemeldet wurden. Die Angaben soll die Regierung in den Kategorien «kurzfristiger Stellenantritt», «selbstständig-erwerbende Dienstleistungserbringer» und «Entsante von ausländischen Unternehmen» liefern. Meier fragt weiter, welches Arbeitsvolumen, umgerechnet

auf Vollzeitstellen, diese Kurzaufenthalter im Aargau geleistet hätten. Und er fragt, welche Kosten für die Kontrollen in diesem Bereich anfallen. Schliesslich will Meier wissen, wie die Regierung zur möglichen Verkürzung der Anmeldefrist für ausländische Unternehmen steht. Bisher müssen diese sich acht Tage vor Arbeitsbeginn in der Schweiz bei den Behörden anmelden, künftig sollen es nur noch vier sein.

### Wo leistet der Aargau Beihilfen?

Ein umstrittener Punkt im Verhältnis mit der EU sind laut Titus Meier Beihilfen in Form von Subventionen, Steuererleichterungen oder staatlichen Beteiligungen an Unternehmen. Diese sind in der Europäischen Union, von einigen Ausnahmen abgesehen, verboten. Meier will deshalb vom Regierungsrat wissen, welche Beteiligungen und Subventionen des Kantons Aargau in die Kategorie «staatliche Beihilfen» fallen. Weiter fragt er, ob es Beteiligungen und Subventionen auf Stufe der Gemeinden oder Gemeindeverbände gibt, die in dieselbe Kategorie fallen. Schliesslich will er wissen, welche Auswirkungen ein Rahmenabkommen mit der EU auf diese Beihilfen im Aargau hätte.

BESTEHENDE VERTRÄGE

### Risiken für Firmen und Forschung im Kanton?

FDP-Grossrat Titus Meier schreibt in seinem Vorstoss, bislang sei der bilaterale Weg ein Erfolg für die Schweiz gewesen. Insbesondere die Abkommen über die technischen Handelshemmnisse seien für die Exportwirtschaft wichtig. Sie müssen aufgrund der Weiterentwicklung der technischen Anforderungen von Zeit zu Zeit überarbeitet werden. Meier schreibt, laut einem EU-Kommissar werde es ohne Rahmenabkommen auch keine Weiterentwicklung bestehender Verträge geben. Er fragt den Regierungsrat, welche Auswirkungen dies auf die Aargauer Wirtschaft hätte und welche Sektoren speziell betroffen wären. Er will auch wissen, wie die Regierung die Folgen für den Forschungssplatz Aargau mit dem Park Innovaare und die Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen einschätzt. (FH)